

Herausgeber  
Frank Ulrich Wessel  
SPD-Landesverband NRW  
Kavalleriestraße 16  
40213 Düsseldorf

Redaktion  
Susanna Weineck

Email  
vorwaerts@nrwspd.de  
Internet  
www.nrwspd.de



**Vorwärts NRW:** Die NRWSPD steht vor ihrem ersten ordentlichen Parteitag nach der Niederlage bei der Landtagswahl. Wie wollen Sie den Delegierten Mut machen?

**Dieckmann:** Wir sind dabei, uns inhaltlich und organisatorisch neu aufzustellen. Die Niederlage bei der Landtagswahl war kein Betriebsunfall. Die Voraussetzungen für künftige Erfolge müssen heute geschaffen werden. Wir arbeiten konzentriert und planvoll, aber ohne Hektik. Und wir kommen voran.

**Vorwärts NRW:** Welche inhaltlichen Themen spielen beim Parteitag eine Rolle?

**Dieckmann:** Wir werden klare inhaltliche Alternativen vor allem in den Bereichen Bildung sowie Wirtschaft und Arbeit formulieren und die Unterschiede zur Politik von Herrn Rüttgers und der FDP herausarbeiten. Die SPD in NRW hat unmittelbar nach der Landtagswahl im vergangenen Jahr einen breiten Diskussionsprozess in der Partei angestoßen. In Bochum werden erste Entwürfe zu zentralen politischen Themen vorliegen. Sie orientieren sich an den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundsätze haben nichts von ihrer Aktualität verloren.

**Vorwärts NRW:** Was werfen Sie der Landesregierung vor?

**Dieckmann:** Diese Landesregierung betreibt eine Politik, die sich gegen sozial Schwächere richtet und macht haarsträubende Fehler. Ein Beispiel: Noch in seiner Neujahrsansprache hat Jürgen Rüttgers 2006 vollmundig zum "Jahr der Kinder" ausgerufen. Ich finde es schon dreist, wenn dann ohne mit der Wimper zu zucken die Mittel für den Landesjugendplan drastisch zusammengestrichen werden. Viele Men-

Die NRWSPD vor dem Bochumer Landesparteitag am 1. April 2006

## Klare inhaltliche Alternativen

Interview mit dem Landesvorsitzenden der NRWSPD, Jochen Dieckmann.

schen sind zudem über die Schulpolitik der schwarz-gelben Koalition erbost. CDU und FDP wollen den Elternwillen ausblenden, wenn es um die Entscheidung geht, welche weiterführenden Schulen für ihre Kinder in Frage kommen. Schulbezirke sollen aufgelöst, Studiengebühren eingeführt werden. All diese Maßnahmen folgen einem Plan: Es geht um soziale Auslese und nicht um Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. Das ist mit uns nicht zu machen.

**Vorwärts NRW:** Neben den Inhalten wollen sie die Strukturen der NRWSPD ändern?

**Dieckmann:** Wir wollen, dass die NRWSPD unter Beibehaltung ihrer 54 Unterbezirke zehn regionale Verbände bildet, die sich in ihrer politischen Arbeit

ergänzen und unterstützen sollen. Da geht es sicherlich auch ums Sparen. Aber es geht auch um mehr Qualität.

**Vorwärts NRW:** Sie wollen beim Parteitag erneut für den Vorsitz kandidieren. Bei ihrer ersten Wahl haben sie ein Traumergebnis erzielt. Lässt sich das wiederholen?

**Dieckmann:** Darüber spekuliere ich nicht. Ich übe mein Amt gerne aus und glaube, dass ich den Prozess der Erneuerung, dem sich die SPD in NRW stellen muss, bisher erfolgreich organisiert habe. Bis zu den nächsten Wahlen haben wir noch Zeit. Aber die müssen wir auch nutzen. Darauf werde ich sehr genau achten. ■

### Inhaltsverzeichnis

12-seitige Ausgabe  
zum Landesparteitag  
am 1. April 2006

<b>Härtere Gangart</b>	Portrait des neuen DGB-Vorsitzenden Guntram Schneider	Seite II
<b>Auch neu bei uns?</b>	Neumitgliedertreffen der NRWSPD am 25. März	Seite III
<b>Für den gemeinsamen Erfolg</b>	Projektplanung im Landesverband	Seite IV
<b>Landesparteitag der NRWSPD in Bochum</b>	Worum geht es inhaltlich?	Seite V
<b>Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger</b>	SPD gegen die Änderung des Gemeindegewerbesteuerrechts	Seite VI
<b>Zauberwort „Personalentwicklungsprojekt“</b>	Was steckt hinter PEP?	Seite VI
<b>NRW wird 60</b>	Die SPD hat das Land entscheidend vorangebracht	Seite VIII
<b>Politik ohne Herz und Verstand</b>	Hannelore Kraft zum Haushalt der Landesregierung	Seite IX
<b>Schallende Ohrfeige der UN für Schulpolitik der Landesregierung</b>	Landesregierung nimmt falsche Weichenstellungen vor	Seite IX
<b>Zerplatzte Seifenblasen und dreister Wortbruch</b>	Zehn Monate nach der Landtagswahl ist Jürgen Rüttgers entzaubert	Seite X
<b>Mit Leben füllen: Die Mitmachpartei</b>	Neumitglieder sollen sich aktiv in die Parteiarbeit einbringen	Seite XI
<b>Aktuelles aus der Online-Partei</b>		Seite XII

# Härtere Gangart

## Der neue DGB-Vorsitzende Guntram Schneider verspricht eine deutliche Sprache gegenüber der Politik

Zeit zur Einarbeitung in sein neues Amt hat Guntram Schneider nicht. Der Streik im Öffentlichen Dienst und die Verhandlungsrunden zwischen IG-Metall und Arbeitgebern geben ihm den Rhythmus vor. Gerade kommt er aus der Düsseldorfer Uni-Klinik. Auch dort wird gestreikt.

„Wir werden sehr deutlich machen, was wir in wichtigen Politikfeldern von der neugewählten Landesregierung halten“, sagt der frisch gewählte DGB-Vorsitzende im Bezirk Nordrhein-Westfalen. Als Beispiel nennt er die Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst. In einer Zeit der vielfältigen Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme und auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb, so Schneider, sei nicht nur die Sprache der Diplomatie gefragt. „Manchmal muss man auch das Florett durch den Säbel ersetzen.“ Damit trifft der IG-Metaller die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen.

„Was sich zur Zeit abspielt, ist hohe Politik“, resümiert Schneider die harten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberlager. Eine Herausforderung für die Gewerkschaften: Gefragt sind mehr denn je kluge Konzepte, die die Arbeit-

nehmersvertreter den Spar-, Kürzungs- und Rationalisierungsvorstellungen privater und öffentlicher Arbeitgeber entgegensetzen. Schneider empört sich über Unternehmen, die profitable Arbeitsplätze in Deutschland abbauen, weil sie woanders noch profitabler sind. Dabei nehmen sie auch noch Subventionen mit. „Das muss steuerliche Konsequenzen haben“, appelliert er an die Politik. „Hier darf man die Konfrontation nicht scheuen.“

Unausweichlich scheint Schneider die Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland. Er verweist auf die 19 europäischen Länder, die ihn erfolgreich eingeführt haben. Wie im Baugewerbe soll die unterste Lohngruppe verbindlich werden, in Branchen ohne Tarifverträge würden sich auch Wege finden.

Um die gewerkschaftliche Dachorganisation in Nordrhein-Westfalen politisch schlagkräftiger zu machen, will Guntram Schneider die Strukturen im eigenen Hause wo nötig verändern. Er will die richtigen Prioritäten setzen. Neben der Arbeitsmarktpolitik, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und einer industriepolitischen Initiative hat das Thema Bildung einen hohen Stellenwert. Ausbildungsplätze stehen weiterhin nicht in ausreichender Menge zur Verfü-

gung. Schneider fordert deshalb von den Unternehmen, erheblich über Bedarf auszubilden. „Die Ausbildungsplatzumlage ist noch nicht von der Tagesordnung“, mahnt er.

Guntram Schneider spart nicht mit Kritik an den Hartz-Gesetzen. Er fordert

deutliche Nachbesserungen. In der einen oder anderen Frage kommen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie seiner Meinung nach zu unterschiedlichen Auffassungen. Doch plädiert er dafür, das Gemeinsame zu betonen. Gute Arbeitsgrundlagen dafür gibt es. SW ■



Guntram Schneider

Der gebürtige Gütersloher und gelernte Werkzeugmacher begann 1974 mit der Gewerkschaftsarbeit. Damals wurde er Jugendsekretär des DGB-Bezirks Bielefeld. Bis 1976 war er zugleich Leiter der DGB-Nebenstelle Halle/Westfalen und von 1976 bis 1982 leitete er die Abteilung Jugend und später das Büro des Vorsitzenden im DGB-Landesbezirk NRW. Von 1982 bis 1985 war er Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand in den Abteilungen Technologiepolitik und ausländische Arbeitnehmer. Zwischen 1985 und 1990 war Schneider Kreisvorsitzender des DGB Dortmund. Zur IG Metall wechselte er 1990 als Sekretär der Vorstandsverwaltung, bevor er 1995 in Münster Bevollmächtigter wurde.

Schneider gehört seit 1971 der SPD an.

ANZEIGE



Sichtlich amüsiert verfolgten der Landesvorsitzende Jochen Dieckmann und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück das kabarettistische Programm Wilfried Schmicklers beim Politischen Aschermittwoch der NRWSPD im Kölner Gürzenich.



# Auch neu bei uns?

## Neumitgliedertreffen der NRWSPD am 25. März 2006

Die NRWSPD ist eine Partei, die von ihren Mitgliedern lebt. Ihre Ideen und ihre Tatkraft helfen uns, auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Am Samstag, 25. März 2006, bekommen unsere Neumitglieder bei einem landesweiten Treffen in Münster die Möglichkeit, ihre Partei besser kennen zu lernen. Die Spitzen der NRWSPD stehen dabei zur Diskussion bereit.

Die NRWSPD erarbeitet sich in den nächsten Jahren ein neues Programm. Dazu hat der Landesvorstand das Projekt „Zukunftsentwurf NRW 2010“ initiiert. Es werden Leitbilder entwickelt, auf denen die NRWSPD ihr zukünftiges Programm aufbaut. Unsere Neumitglieder sollen von Anfang an an der Diskussion beteiligt werden.

Wir wollen von unseren Neumitgliedern wissen, wie sie die Partei erleben, was die NRWSPD besser machen kann und wo sie mitmachen möchten.

Weil nach der Arbeit der Spaß nicht zu kurz kommen soll, gibt es für die Stunden nach dem Treffen ein attraktives Angebot, Münster auch privat kennenzulernen. Die Münsteraner

SPD organisiert eine alternative Führung durch die Stadt. Für Hungerige und Durstige gibt es eine Tour durch das Hafenviertel.

Wer sich später noch auf eigene Faust in die Altstadt aufmachen will, wird von den Münsteranern mit Tipps und Infos versorgt.

Für das Neumitgliedertreffen und die Freizeitangebote ist eine Anmeldung erforderlich. Am einfachsten geht das online unter [www.nrwspd.de/neumitgliedertreffen](http://www.nrwspd.de/neumitgliedertreffen) oder per Fax an 02 11/ 136 22-5255. Gebt bitte an, ob ihr euch für die Führung oder für die Tour durch das Hafenviertel interessiert.

Weitere Informationen gibt es bei Jörg Biesterfeld (0211-13622-347). ■

### Ablauf

- 11:00 Uhr Opening**  
Einführung in die Arbeitsschwerpunkte/Projekte der NRWSPD  
Michael Groschek, Generalsekretär
- 11:20 Uhr** Das Mitmach-Center von [nrwspd.de](http://nrwspd.de)
- 11:40 Uhr** Statement Alexander Bercht, Juso-Landesvorsitzender NRW  
**1. Teil: Die SPD – Meine Partei**
- 11:45 Uhr** Arbeitsgruppen  
Warum bin ich eingetreten? Was erwarte ich von der SPD?  
Welche Erfahrungen habe ich mit der SPD gemacht?
- 13:00 Uhr Mittagspause**  
**2. Teil: Mitmachen bei der Zukunftsdiskussion der NRWSPD**
- 13:45 Uhr** Rede des Vorsitzenden der NRWSPD Jochen Dieckmann
- 14:10 Uhr Vier Foren zu den Leitbildern:** Vorstellung der Eckpunkte der Leitbilder zur Zukunftsdiskussion durch die vier stellvertretenden Landesvorsitzenden.
- 1:** Karl Schultheis, MdL: **NRW in Europa – Spitze sein und Spitze bleiben.** Anforderungen an sozialdemokratische Wirtschafts- und Innovationspolitik
- 2:** Britta Altenkamp, MdL: **Soziale Stadt**
- 3:** Birgit Fischer, MdL: **Aktive Bürgergesellschaft & Partnerschaftlicher Staat**
- 4:** Dr. Karsten Rudolph, MdL: **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Programmdiskussion der SPD**
- 14:45 Uhr** Neumitglieder diskutieren die Themen und formulieren eigene Arbeitsideen
- 16:00 Uhr Abschluss**

# Für den gemeinsamen Erfolg



Damit die schwarz-gelbe Regierung nur eine Fußnote in unserer Landesgeschichte bleibt und die SPD spätestens 2010 wieder die Gestaltungsmacht in Nordrhein-Westfalen übernimmt, hat sich der Landesverband für die nächsten Jahre ein ambitioniertes Arbeitsprogramm gegeben, das der Landesparteitag im Juli 2005 gebilligt hat.

Zu den zentralen Aufgaben der NRWSPD gehört u.a. eine Strukturreform der Partei. Es geht darum, unsere Arbeit qualitativ zu verbessern und schlagkräftiger zu werden.

Zwei wesentliche Aufgaben stehen dabei im Vordergrund:

## 1. Die Profilierung der NRWSPD als Programmpartei

Die NRWSPD hat im November 2005 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in Oberhausen damit begonnen, Leitbilder für die zukünftige Positionierung unserer Partei zu entwickeln.

Der vom Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann vorgestellte neue Aufbruch der NRWSPD fand großes Interesse, auch von vielen Interessierten, die noch nicht Mitglied der SPD sind. Die stellvertretenden Landes-

vorsitzenden stellten dort erste Eckpunkte für politische Leitbilder vor, mit deren Erarbeitung gegenwärtig mehrere Arbeitsgruppen aus Landesvorstand, Abgeordneten, Experten aus Gewerkschaften und Verbänden, sowie Wissenschaftler befasst sind.

Anfang Februar wurde auf der Gelsenkirchener Konferenz der NRWSPD-Mandatsträger aus Land, Bund, Kommunen und Europa eine erste Zwischenbilanz gezogen.

Auch im Internet findet unter <http://www.nrwspd.de/zukunftskonvent/> eine öffentliche Diskussion unter Interessierten statt.

Und viele Unterbezirke bereiten sich darauf vor, die Themen der Leitbilder auf örtlichen Zukunftsforen zum Gegenstand der Debatte zu machen.

## 2. Das „Projekt Mehrheit 2009/2010“

Zu diesem Mehrheitsprojekt gehören drei Leitprojekte für die NRWSPD, die zur Zeit unter Verantwortung des Generalsekretärs Michael Groschek gemeinsam von Landesvorstand, Landesbüro und Unterbezirken umgesetzt werden.

### Eine gezielte Personalentwicklungspolitik (PEP) der NRWSPD

Ziel ist es, bis zur Kommunalwahl 2009 dreitausend neue und zusätzliche Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen zu gewinnen und zu qualifizieren.

Die Förderung junger KandidatInnen, eine Personalbörse für Spitzenkräfte für

Wahlämter und Führungspositionen in der Verwaltung sind wichtige Elemente von PEP.

**Ansprechpartner bei der NRWSPD: Wolfgang Hellmich (Tel.: 02 11/13622 211)**

### Die Stärkung der NRWSPD als Mitmach- und Mitgliederpartei

Unsere Partei lebt von ihren Mitgliedern. Deshalb ist es unser Ziel, mehrere tausend neuer Mitglieder zu gewinnen, zur Zeit passive Mitglieder und Vorstände auf allen Ebenen zu aktivieren und die SPD zu allen wichtigen gesellschaftlichen Zielgruppen hin zu öffnen.

Das erste konkrete Projekt in diesem Zusammenhang ist das landesweite Neumitgliedertreffen am Samstag, den 25. März in Münster

**Ansprechpartner bei der NRWSPD: Jörg Biesterfeld (Tel.: 02 11/13622 347)**

### „Die Kampagne“

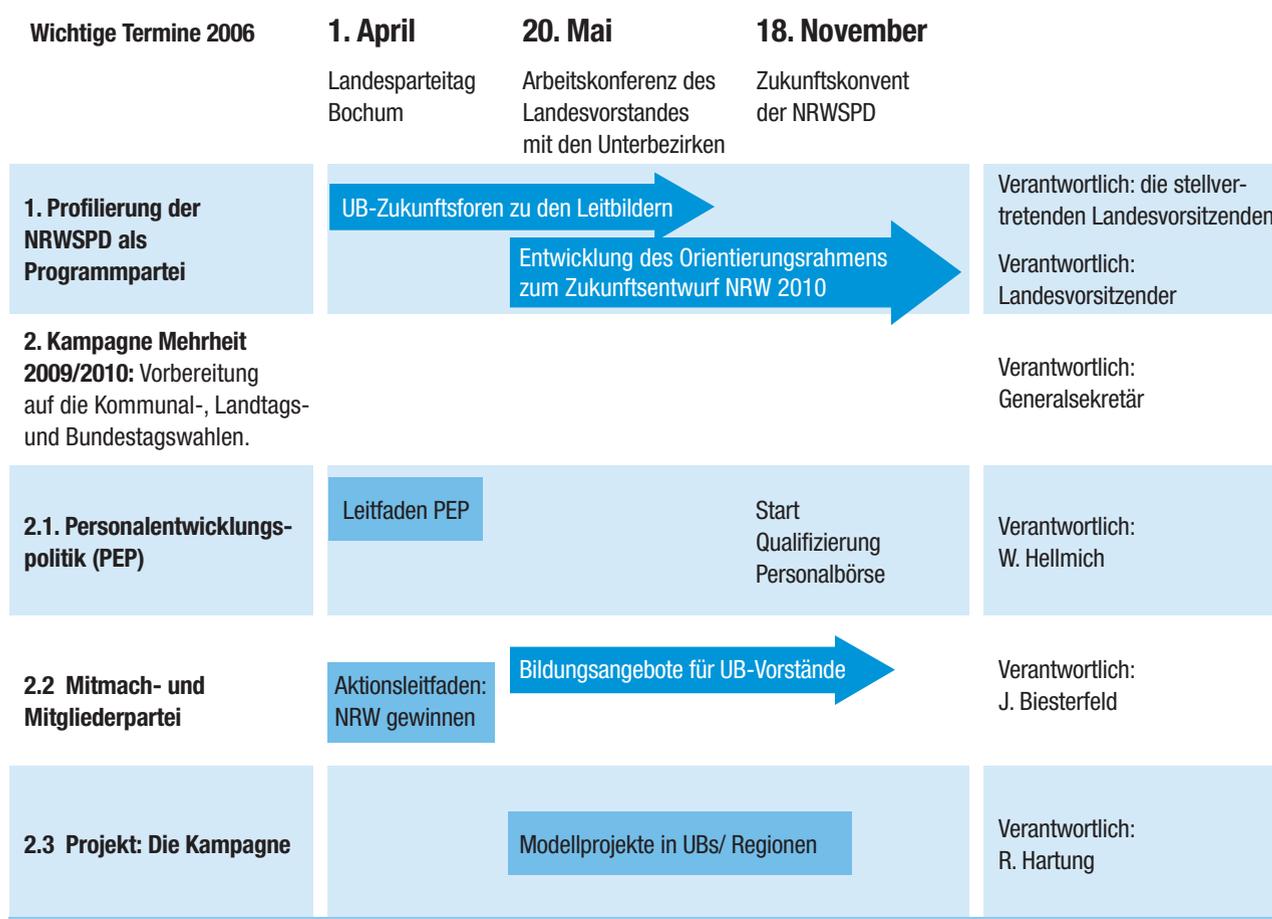
Die langfristige Vorbereitung der 2009 beginnenden Wahlgänge in NRW mit dem Ziel, 2009 und 2010 eine Mehrheit für die SPD zu gewinnen, kann nur gelingen, wenn die Kampagnenfähigkeit der NRWSPD auf der Ebene der Ortsvereine, Unterbezirke und des Landesverbandes deutlich gestärkt wird. Neue Formen der Vertrauensarbeit, neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit und ein zeitgemäßes Zugehen auf bisher zu wenig erreichte Wählergruppen sind dabei zentrale Ansätze.

Bis Anfang April wird ein umfangreicher Aktionsleitfaden „NRW gewinnen.“ mit vielen praktischen Hinweisen für die Kampagne auf Ortsvereins- und Unterbezirksebene veröffentlicht.

**Ansprechpartner bei der NRWSPD: Rudolf Hartung (Tel.: 02 11/13622 332)**

„Wichtig ist für uns auch die starke Unterstützung der SGK“, so Michael Groschek. „Es gibt bei den Gesprächen vor Ort viele gute Anregungen für die Arbeit des Landesverbandes und viel Bereitschaft mitzumachen.“ ■

## Projekt Mehrheit 2009/2010 der NRWSPD





# Landesparteitag der NRWSPD in Bochum

Auf dem Landesparteitag der NRWSPD am 1. April 2006 in Bochum geht es nicht nur um die Wahl eines neuen Landesvorstands. Vielmehr werden die programmatischen Leitlinien der NRWSPD für die nächsten Jahre diskutiert.

## Leitantrag

Ein Leitantrag des Landesvorstands formuliert sechs Grundanliegen der NRWSPD, in denen sich die NRWSPD auch von konservativer und neoliberaler Politik unterscheidet:

- Jedes Kind und jeder Jugendliche braucht Chancengleichheit durch einen optimalen Zugang zur Bildung und bestmögliche individuelle Förderung. Soziale Gerechtigkeit muss auch durch bessere Bildungschancen erreicht werden.
- Familien brauchen Chancengerechtigkeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir durch eine verlässliche und aufeinander aufbauende Betreuungs- und Bildungskette (Ganztagsbildung) verbessern.
- Für uns bleibt die Gleichberechtigung von Frauen und Männern Grundlage unserer Politik.
- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen neue Beschäftigungschancen und Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, sollen in der Mitte der Gesellschaft ihre Erfahrungen durch Engagement einbringen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Wir in Nordrhein-Westfalen stehen füreinander ein. Toleranz und Welt-offenheit prägen unsere Kultur. Wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung sind seit sechs Jahrzehnten unser Markenzeichen.
- Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung sind mehr technologischer Fortschritt und Innovationen, bessere Bildung und eine Wirtschafts- und Finanzpolitik für mehr Wachstum.

Dieses Positionspapier, das unter [www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de) dokumentiert ist, enthält viele konkrete Forderungen an die Landespolitik.

Die NRWSPD will ein Konzept für „Die beste Schule für NRW“ erarbeiten. Eckpunkte hierzu werden auf dem Zu-

kunfts-konvent der NRWSPD im November 2006 vorgestellt.

## Politischer Orientierungsrahmen

Vorgelegt werden soll bis dahin ebenfalls in Verantwortung des Landesvorsitzenden der Entwurf eines politischen Orientierungsrahmens NRW 2010.

Michael Groschek: „Wir wollen die Diskussion zu unseren Leitbildern bündeln.“

Aus den fünf Arbeitsgruppen zu den Leitbildern liegen Thesenpapiere bzw. Eckpunkte vor:

### „NRW in Europa – Spitze sein und Spitze bleiben“

Unter der Überschrift „NRW in Europa – Spitze sein und Spitze bleiben“ spricht sich die Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Karl Schultheis für eine Innovationspolitik für NRW aus, die eine zukunftsweisende industrielle Entwicklung in den Mittelpunkt rückt und die so auf die Sicherung und Schaffung von hochwertigen und gut bezahlten Arbeitsplätzen gerichtet ist. Unter Mitarbeit von Experten aus Gewerkschaften und Wissenschaft wurde ein Konzept entwickelt, das darauf abzielt, dass aus NRW die jeweils besseren Produkte und Dienstleistungen „vor allem aber Systemlösungen“ auf die Märkte gebracht werden.

Zur Rolle der Politik heißt es in den Thesen: „Der Auftrag an die Politik ist es, den Rahmen zu schaffen, in dem sich das Potenzial an Wissen, Leistungsbereitschaft, Motivation und Erfindungsreichtum am besten entfalten kann.“

Ein konkreter Zielkatalog soll zum Landesparteitag vorliegen und danach in regionalen Zukunftsforen zur Diskussion gestellt werden.

### „Soziale Stadt“

Am Leitbild „Soziale Stadt“ arbeitet eine Expertenrunde unter Vorsitz der stellv. Landesvorsitzenden Britta Alten-

kamp. Begonnen wurde mit einer nüchternen und problembezogenen Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Wohnungs- und Stadtpolitik.

### Als Ziele werden definiert:

- Die Schaffung bildungsfördernder Milieus
- Die Integration ethnischer Minderheiten
- Die Restrukturierung bzw. der Rückbau der Infrastruktur aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ballungsgebieten.

Die Arbeitsgruppe plant eine Reihe von Expertenanhörungen.

Als Arbeitshilfe für Gliederungen, die örtliche Zukunftsforen durchführen wollen, gibt es eine Referentenliste für Veranstaltungen und eine Literaturliste mit wichtigen Veröffentlichungen.

### „Aktive Bürgergesellschaft und partnerschaftlicher Staat“

Dies ist der Titel des unter Leitung der stellv. Landesvorsitzenden Birgit Fischer erarbeiteten Leitbildes, das als Ziel für die Parteientwicklung der SPD die „SPD als Bürgerpartei“ beschreibt. Die AutorInnen gehen davon aus, dass sich die hoheitlichen Aufgaben des Staates zu Gunsten neuer Gestaltungsaufgaben verringern, die vom aktiven und aktivierenden Sozialstaat mit neuen gesellschaftlichen Akteuren wahrgenommen werden: „Bürgerschaftliches Engagement ergänzt und bereichert den Sozialstaat.“

Die Thesen der Arbeitsgruppe finden bereits über die SPD hinaus Beachtung.

Auf Veranstaltungen des Sozialpolitischen Forums in Westfalen und am 17. März auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert in Dortmund stellte sich Birgit Fischer der öffentlichen Diskussion. Sie konnte darauf verweisen, dass in NRW der notwendige Umbau sozialstaatlicher Aufgaben von den Sozialdemokraten in der früheren Landesregierung tatkräftig angepackt wurde.

## Grundsatzprogrammdiskussion

Mit den Eckpunkten der NRWSPD für die Grundsatzprogrammdiskussion der SPD befasst sich die Arbeitsgruppe, die Karsten Rudolph als stellv. Landesvorsitzender leitet.

Über Zwischenergebnisse hat der **vorwärts:** in einer der letzten Ausgaben berichtet.

Wichtig ist die Auseinandersetzung mit „Bildungspolitik als Chancenpolitik“ und die Fortschreibung der Grund-satzposition der NRWSPD zu „Soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten.“

In Aufarbeitung eines nicht ganz geglätteten Diskursansatzes auf Bundes-ebene vor zwei Jahren heißt es:

- „Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit sind kein Gegensatz sondern zwei Seiten einer Medaille.“
- „Reformpolitik kommt ohne Gespür für Gerechtigkeit nicht aus.“

Vorbereitet werden Veranstaltungen in den Regionen, die die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm begleiten.

### „Aktiver Staat – Staat und Bürger in NRW“

Mit Fragen des sozialdemokratischen Staatsverständnisses setzt sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann unter dem Titel „Aktiver Staat – Staat und Bürger in NRW“ auseinander. Man spricht sich „gegen eine Allzuständigkeit des Staates“ aus. Gleichzeitig wird der schwarz-gelben Privatisierungspolitik eine klare und unmissverständliche Absage erteilt.

Das Spannungsverhältnis von Sozialer Marktwirtschaft, Marktkonkurrenz und Wettbewerb wird erörtert und Prinzipien für staatliches Handeln in NRW auf den Feldern Strukturwandel, bürgerschaftlicher Diskurs und Stärkung der Zivilgesellschaft benannt.

Ausführlicher werden die Föderalismusreform und für Nordrhein-Westfalen die Abgrenzung der Handlungsfelder zwischen Bund, Land und Kommunen behandelt. ■

## Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger:

SPD gegen Änderung des Gemeindefinanzierungsrechtes

Die NRWSPD, die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker lehnen einhellig die von der Landesregierung geplante Verschlechterung der Bedingungen für kommunale Unternehmen ab. Entsprechend dem neo-liberalen Dogma „Privat vor Staat“ wollen FDP und CDU gemäß ihres Koalitionsvertrages einen Vorrang für private Unternehmen im Bereich der öffentlichen Daseinsfür- und -vorsorge im § 107 der Gemeindeordnung durchsetzen.

„Sollte die schwarz-gelbe Landesregierung ihre Pläne tatsächlich umsetzen, so beraubt sie die Kommunen eines erheblichen Teils ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“, so Hans-Willi Körfges, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Bereits jetzt liegen der SPD-Landtagsfraktion zahlreiche Stellungnahmen aus Kommunen und kommunalen Unternehmen vor, die deutlich zeigen, welche negativen Folgen die angekündigten Änderungen der NRW-Gemeindeordnung haben. Auch CDU-Hauptverwaltungsbeamte sprechen sich gegen die Pläne ihrer Parteifreunde in Düsseldorf aus.

Betroffen sind Ver- und Entsorgungsunternehmen, der Personennahverkehr, kommunale Wohnungsbauunternehmen und zahlreiche soziale Betriebe. Die Folgen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind absehbar, wenn öffentliche Daseinsvorsorge vollständig privatisiert wird. Ebenso müssen die Beschäftigten in den Unternehmen um ihre Arbeitsplätze bangen. Auch das lokale Handwerk und der Mittelstand würden verlässliche Auftraggeber verlieren. Immerhin kommen etwa 60% ihrer Aufträge von kommunalen Unternehmen.

Die SPD-Landtagsfraktion, die Landespartei und die SGK wollen gemeinsam mit der Kommunalpolitik den Widerstand gegen diese Pläne verstärken. Hans-Willi Körfges: „Zwischenzeitlich mehren sich auch an der CDU-Basis die Stimmen, die diese Pläne ablehnen. Wer den Ausverkauf kommunaler Interessen zulässt, schadet der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden.“

Zurzeit informieren in zahlreichen Veranstaltungen SGK, Landespartei und Landtagsfraktion über die Auswirkungen der schwarz-gelben Pläne. Materialien und Veranstaltungskonzepte sowie Fachreferenten können über die Landespartei und die SGK abgerufen werden. ■

# Zauberwort „Personalentwicklungs-Projekt“ – Was steckt hinter PEP ?

Interview mit dem Generalsekretär der NRWSPD, Michael Groschek



*PEP – Personalentwicklung bei der NRWSPD, das klingt nicht unbedingt nach alter SPD-Melodie.*

Groschek: Nein, wirklich nicht. Und das ist auch Absicht. Im Dreiklang von inhaltlicher und programmatischer Erneuerung, von Fit-Machen der Mitgliederpartei und der Organisation ist die Personalentwicklung der dritte Schwerpunkt. Neu ist daran, dass wir diese Aufgabe gemeinsam anpacken und auf allen Ebenen der Partei organisieren, uns gegenseitig helfen. Die Konzentration unserer Kräfte auf diese Hauptaufgaben in einem abgestimmten und planvollen Vorgehen verspricht mehr Erfolg als das Regiment des Zufallsprinzips.

*Und trotzdem: Ist der Begriff Personalentwicklung nicht zu sperrig, zu technokratisch?*

Wie man das nennt, ist eigentlich egal. Entscheidend ist, dass wir uns um die Menschen kümmern, die freiwillig als Ehrenamtliche für die SPD eintreten, oder aus dem Ehrenamt ein Mandat übernehmen. Wir machen deutlich: Für die SPD eintreten, freiwillig Verantwortung auch für die Gesellschaft im Großen wie im

Die NRWSPD stellt sich neu auf. Ein erstes Ziel ist, die Wahlkämpfe in den Jahren 2009 mit der Europawahl, der Kommunalwahl und der Bundestagswahl und 2010 mit der Landtagswahl erfolgreich zu bestehen. In den Wahlkämpfen stehen die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD im Mittelpunkt. Sie zu finden und fit zu machen für die Übernahme von Mandaten und Funktionen ist Aufgabe der Partei. Über die wichtigsten Marksteine auf dem Weg zu den Wahlsiegen sprechen wir mit Michael Groschek, dem Generalsekretär der NRWSPD.

Kleinen vor Ort zu übernehmen, ist uns viel wert. Und die Menschen müssen auch ganz persönlich davon profitieren können. Fördern und Fordern gilt eben auch in der SPD. Im Kontext der Partei erworbene Qualifikationen auch andernorts einsetzen zu können, oder auch berufliche Qualifikationen in die SPD einbringen zu können ist richtig, wichtig und notwendig. Nichts anderes meint PEP.

*Die Rede ist von einer Personalbörse. Was verbirgt sich dahinter?*

Mitglieder der SPD, aber auch Anhänger der SPD ohne Parteibuch, können sich bei der NRWSPD für diese Personalbörse, besser gesagt Personaldatei, melden: wer sich besonders fit machen will für die Übernahme politischer Verantwortung oder sich für Kandidaturen zur Verfügung stellen will. Nachwuchs für die Politik – unabhängig vom persönlichen Alter – muss organisiert werden. Und wenn im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 in der Stadt, in der Gemeinde XY eine Kandidatin oder ein Kandidat für das Bürgermeisteramt gesucht wird – bei der NRWSPD kann man dann fündig werden. Und wenn mal ein Dezernenten- oder Amtsleiterposten besetzt wird, auch

dann kann man im Landesverband anrufen. Wichtig ist: Strikte Vertraulichkeit wird gewährt.

*Wer entscheidet denn eigentlich im Vorfeld von Wahlen?*

Die wichtigste und entscheidende Arbeit wird vor Ort geleistet, in den Ortsvereinen, in den Unterbezirken, in Projektgruppen und Arbeitsgemeinschaften. Und vor Ort werden die Personalentscheidungen getroffen. Das ist so und das bleibt so. Der Landesverband wird hier helfen, vor Ort die Arbeit besser leisten zu können als bisher. Mit der Qualifizierung von Ortsvereins-Vorsitzenden, mit Organisationsberaterinnen und -beratern, mit der Ausbildung im Projektmanagement, der Kommunalakademie z.B., leistet der Landesverband schon jetzt eine ganze Menge. Und das hilft, vor Ort gute Leute ins Rennen um Wählerstimmen und Mandate schicken zu können. Aber: Wir wollen sicher sein, dass wir uns überall planvoll auf die Kandidatenauswahl und -qualifizierung vorbereiten. Deshalb gilt es, miteinander einen klaren Zeitplan zu verabreden. Wer macht was bis wann. Was wird vor Ort getan, was leistet der Landesverband. Diese Arbeitsteilung wird verbindlich gemacht. Entscheidend ist dann, dass wir es tun. ■

# Profis gesucht!



## NRWSPD fördert Kompetenzen in der eigenen Partei

Das größte Potenzial, die wichtigste Kraft der SPD, sind ihre eigenen Mitglieder. Der Grundsatz von Fördern und Fordern kommt auch bei der Personalentwicklung der SPD zum Tragen. „Wir suchen auch und gerade in der Mitgliedschaft der SPD die Genossinnen und Genossen, die als Teamerinnen und Teamer, im Coaching, als Moderatorinnen und Moderatoren, als Organisationsberater und Projektentwickler ihr Wissen für die Parteiarbeit nutzbar machen wollen. Dies kann als Einzelperson, als Unternehmen oder auch als kleiner Dienstleistungsbetrieb geschehen.

Die NRWSPD erarbeitet zur Zeit ein Anforderungsprofil für die Personalentwicklung der SPD und für die Leistungen, die hier erforderlich sind. Ziel ist, den Parteigliederungen bei der Aufgabe zu helfen, sich für die kommenden Wahlen personell fit zu machen!“ so Wolfgang Hellmich, der als stellvertretender Landesgeschäftsführer für den Bereich der Personalentwicklung in der NRWSPD verantwortlich zeichnet.

Alle diejenigen, die mit ihrem Wissen und ihren Kompetenzen bei uns mitarbeiten wollen, sind herzlich eingeladen, sich mit dem Formular auf dieser Seite bei der NRWSPD zu melden. ■



**Bitte per Post an: Wolfgang Hellmich**  
- persönlich/vertraulich - , c/o NRWSPD  
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf



# Talente suchen, finden und fördern!



Wir wollen zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2009 mehr als 3000 neue Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen. Für ein kommunales Mandat in Rat, Kreistag oder Bezirksvertretung. Dies bedeutet, eine Entscheidung für ein politisches Ehrenamt zu treffen. Eine Entscheidung, die sich lohnt.

**Wir bieten:** Qualifizierungsmaßnahmen für die Befähigung zur Übernahme eines Ehrenamtes oder eines Mandates. Mentoring-Maßnahmen und Qualifizierung in den Akademien.

**Wir erwarten:** Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement und die Verpflichtung zur Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben. ■

# Spitze werden, Spitze sein!



Wir kümmern uns darum, dass unsere Mitglieder vorne mitmischen. Es gibt viel Bewegung in kommunalen Verwaltungsspitzen, bei Spitzenämtern. Diese Aufgaben erfordern besondere Qualifikationen und Kompetenzen. Wir helfen, hier gewappnet zu sein. Deshalb: Bei der NRWSPD melden, wenn man sich verändern will und woanders mitmischen will.

Strikte Vertraulichkeit ist garantiert!

**Wir bieten:** Gespräche und Treffen mit Persönlichkeiten aus Politik, Unternehmen und Verwaltungen. ■

## Meldebogen / Talente und Spitzen

Name: \_\_\_\_\_

Alter: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon privat: \_\_\_\_\_

Telefon Geschäft: \_\_\_\_\_

Telefon mobil: \_\_\_\_\_

Telefax: \_\_\_\_\_

Mobiltelefon: \_\_\_\_\_

eMail: \_\_\_\_\_

Funktionen in der SPD: \_\_\_\_\_

Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden: \_\_\_\_\_

Funktionen in anderen Vereinen und Verbänden: \_\_\_\_\_

Berufliche Tätigkeit bisher, betriebliche Funktionen: \_\_\_\_\_

Berufliche Qualifikation, derzeitige berufliche Tätigkeit: \_\_\_\_\_

Ausgeübte Mandate: \_\_\_\_\_

Besondere thematische Interessensgebiete: \_\_\_\_\_

Gewünschte neue Tätigkeitsfelder, mögliche Referenzen: \_\_\_\_\_

**Bitte per Post an: Wolfgang Hellmich**  
- persönlich/vertraulich - , c/o NRWSPD  
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf





## Politik ohne Herz und Verstand: Die Kleinsten sind die größten Verlierer

Die Fakten liegen klar auf dem Tisch: Der Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung enthält mit 5,9 Milliarden Euro die höchste Nettoneuverschuldung bei Einbringung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Er überschreitet um 2,6 Milliarden Euro die Verfassungsgrenze.

Die Verfassung zu ignorieren ist schon schlimm genug. Schlimmer ist jedoch das, was hinter den nackten Zahlen klar erkennbar ist: die dort angelegte Veränderung unserer Gesellschaft, unseres Landes. Sie nennen das Erneuerung. Ich stelle fest: Sie erneuern dieses Land nicht. Erneuerung würde bedeuten, das Land voran zu bringen. Sie verändern es zwar, aber sie verändern es zum Schlechten. Sie sind auf einem Irrweg.

Ihr Weg ist geprägt von den zwei Prinzipien „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“. Der Staat soll ausschließlich das tun, was die Bürger nicht selbst tun können. Alles, was auch Private erledigen könnten, da soll der Staat sich raushalten. Das ist ihr Credo. Stück für Stück ziehen sie das Land aus seiner Verantwortung zurück. Sie geben den Menschen damit nicht mehr Freiheit – sie lassen sie allein.

Unser Weg ist ein anderer. Für uns Sozialdemokraten steht fest: Ein starker, handlungsfähiger Staat ist unverzichtbar. Zusammen mit einer starken Wirtschaft und einer menschlichen Gesellschaft ist er für uns der Garant für eine gute Zukunft.

Sie wollen etwas anderes: Sie wollen Freiheit von staatlichen Regeln statt Freiheit für mehr Selbstbestimmung. Sie wollen dieses Land verändern. Sie werden es kälter und weniger gerecht gestalten. Für uns ist das Politik ohne Herz und Verstand.

Eine Politik nach der Maxime „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht“ reißt tiefe Löcher in das soziale Netz. Die bittere Wahrheit ist, dass oftmals gerade die, die Hilfe besonders brauchen, durch diese Löcher fallen werden. Beispiele hierfür gibt es in ihrem Haushalt viel. Deshalb nur exemplarisch:

■ 7,8 Millionen Euro werden bei der Familienbildung gestrichen. Das ist ein

wichtiges Standbein für das Konzept der Familienzentren – die Elternarbeit. Sie kürzen ausgerechnet die Mittel, mit denen sozial Schwächeren die Teilnahme erst ermöglicht werden könnte.

■ Was ist mit der Frau, die sich am Wochenende in höchster Not mit den Kindern an ein Frauenhaus wendet und keine Hilfe mehr findet, weil 3,5 Millionen Euro bei der Finanzierung der Frauenhäuser und den Programmen gegen Gewalt gegen Frauen gestrichen wurden? (Jährlich werden 5000 Frauen und ebenso viele Kinder betreut)

■ Wie mögen sich die Behinderten fühlen, die auf die Zusagen gerade des Ministerpräsidenten Rüttgers und des Arbeitsministers vertraut haben, dass ihnen die Belange der Behinderten besonders am Herzen liegen? Jetzt sehen sie, dass die Mittel für die Integration der Behinderten um 12,9 Millionen Euro zurückgefahren werden.

■ Die Krankenhäuser im Land leiden nicht nur unter dem von ihnen verhängten Investitionsstopp, ihnen fehlen in 2006 jetzt auch noch 3,5 Millionen Euro, weil die fällige Anpassung der Pauschalen an die Kostenentwicklung um zwei Jahre hinaus geschoben wird.

Das Ergebnis ihrer Politik wird sein: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Es geht ihnen nicht mehr darum, den schlanken Staat zu erreichen. Der Staat, wie sie ihn wollen, leidet an Magersucht.

Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben schließlich das Jahr 2006 zum „Jahr der Kinder“ ausgerufen.

Ein Blick in den Haushalt zeigt: Sie machen gerade die Kleinsten zu den größten Verlierern:

- Sie kürzen die Mittel für die Kindertagesstätten um 114 Millionen Euro.
- Sie kürzen den Landesjugendplan gegenüber der geltenden gesetzlichen Vorgabe um 20,9 Millionen.
- Sie kürzen bei den Schülerfahrtkosten um 27,4 Millionen.
- Sie kürzen bei der Übungsleiterpauschale und bei der Schulmilch. Um nur die wesentlichen Dinge zu nennen.

Das ist Ihr Auftakt für das „Jahr der Kinder“. Sie machen Politik auf dem Rücken derjenigen, die sich nicht wehren können. Sie machen Politik gegen Kinder – im Jahr der Kinder.

Wir Sozialdemokraten wissen um unsere Verantwortung für dieses Land. Wir bieten den Menschen in Nordrhein-Westfalen einen zweiten Weg an, der die soziale Balance wahrt. Eine Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien und Kindern muss nicht sein. Der Weg der Konzentration auf unsere Kinder, unsere Zukunft, den wir in den ver-

gangenen Jahren begonnen haben, muss fortgesetzt werden. Und die sozialen Netze dürfen nicht reißen.

Wir werden Änderungen in zentralen Bereichen vorschlagen und aufzeigen, wie sie zu finanzieren sind. Dazu gehört die Rücknahme der Kürzungen in den Bereichen Kinder/Jugend/Familie und soziale Netze.

Wir gehen aber noch einen entscheidenden Schritt weiter: Das Land muss sich in zwei Bereichen besonders engagieren, um die Bildungs- und Betreuungskette weiter zu schließen.

1. Bei der Betreuung von Unterdreijährigen müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel bleibt ein verlässliches Angebot für zwanzig Prozent von ihnen. Diesen Weg hatten wir bereits begonnen.

2. Wir fahren fort mit unserem Anspruch, den Bildungsauftrag des Kindergartens zu stärken. Deshalb sollen zukünftig alle Kinder eines Jahrgangs das letzte Kindergartenjahr besuchen. Hierfür muss das letzte Jahr beitragsfrei gestaltet werden. Die Kosten dafür darf das Land nicht den

Kommunen auferlegen. Sie wären damit überfordert. Auch ein Wettlauf zwischen den Kommunen und damit unterschiedliche Lebensverhältnisse im Land wären schädlich. Die ausfallenden Elternbeiträge müssen daher durch das Land übernommen werden.

Auch für diese Maßnahmen werden wir aufzeigen, dass sie finanzierbar sind, wenn man Schwerpunktsetzung ernst meint.

Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt stattdessen radikal auf Markt und Wettbewerb – auf die Kraft des Stärkeren. Die Kinder und die Schwachen, diejenigen, die Förderung und Hilfestellung brauchen, um gleichberechtigt teilhaben zu können, sie sind die Verlierer der Regierung Rüttgers. ■

*Auszüge der Rede der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion NRW Hannelore Kraft, anlässlich der Einbringung des ersten Haushalts der schwarz-gelben Landesregierung.*

Die gesamte Rede finden Sie auf unserer Homepage unter: <http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de>

## Schallende Ohrfeige der UN für Schulpolitik der Landesregierung

Als schallende Ohrfeige für die Schulpolitik der NRW-Landesregierung wertete die stellvertretende Vorsitzende und schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Ute Schäfer die Kritik von Vernor Muñoz am deutschen Bildungssystem. Bei seiner Inspektion des deutschen Bildungssystems kritisierte der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung die sehr frühe Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf verschiedene Schulformen.

Für 44 Prozent von ihnen werde auch noch die falsche Empfehlung gegeben.

Der Bildungsexperte forderte ein gebührenfreies Kindergartenjahr für mehr soziale Gerechtigkeit. „Das Urteil des UN-Sonderberichterstatters zeigt vor allem eines: Schulministerin Barbara Sommer nimmt mit der Novellierung des Schulgesetzes genau die falschen Weichenstellungen vor. Statt für mehr Bildungschancen und eine höhere Bildungsbeteiligung zu sorgen, soll die Selektion bereits im Grundschulalter verstärkt werden.“ Die verbindlichen Grundschulempfehlungen und der geplante Wegfall der Schulbezirke führe zwangsläufig zu einer verschärften Auslese. Die Abkoppelung des Gymnasiums von den anderen Schulformen durch die Verdichtung von Unterrichtszeit mache einen späte-



ren Schulformwechsel praktisch unmöglich. „Verlierer sind vor allem Kinder, die ihr volles Bildungspotenzial erst später entwickeln und Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus sozial benachteiligten Familien“, so Schäfer. Die geplanten Kürzungen bei den Kindertagesstätten verschärften die Auslese dramatisch, warnte Schäfer. Sie wies darauf hin, dass die SPD einen Finanzierungsvorschlag für das kostenfreie letzte Kindergartenjahr und den Ausbau der Unterdreijährigen-Betreuung vorlegen werde.

„Der Bericht von Vernor Muñoz belegt, dass wir eine unideologische, ergebnisoffene Bildungsdebatte brauchen. Und die wird die SPD im Gegensatz zur Regierung Rüttgers auch mit allen am Schulleben Beteiligten führen“, erklärte Schäfer.

Deutschland könne es sich nicht erlauben, das Bildungspotenzial von Kindern und Jugendlichen verkümmern zu lassen. Schulministerin Sommer betone zwar immer die individuelle Förderung von Kindern, erkläre aber nicht, mit welchen konkreten Maßnahmen sie ihre Ankündigungen umsetzen wird. ■

# Zerplatzte Seifenblasen und dreister Wortbruch

## Zehn Monate nach der Landtagswahl ist Jürgen Rüttgers entzaubert

VON RUDOLF HARTUNG

Zehn Monate nach der Landtagswahl sieht die Zwischenbilanz der Landesregierung unter Jürgen Rüttgers auch für die eigenen Anhänger enttäuschend aus.

Kein Wunder, dass die ersten christdemokratischen Kommunalpolitiker – die Kommunalwahlen vor Augen – auf Sicherheitsabstand zur Landesregierung Rüttgers/Wolf gehen.

Alle wesentlichen Wahlversprechen von Rüttgers & Co. erweisen sich bisher als zerplatzte Seifenblasen:

### Die Schulden des Landes werden mehr statt weniger

Sowohl beim Nachtragshaushalt als auch beim Haushalt 2006 genehmigte sich Jürgen Rüttgers deutlich einen über den Durst – aus der viel geschmähten Schuldenpulle.

### Nicht weniger Unterrichtsausfall

Inzwischen hat die Schulministerin Sommer so ziemlich alle gegen sich aufgebracht, die Interesse an einer guten Schule in NRW haben. Den Eltern soll die Entscheidung darüber genommen werden, ob ihre Kinder zu einer weiterführenden Schule gehen. Eltern und Schülern will sie Mitbestimmungsrechte nehmen. Und mit der Abschaffung verlässlicher Schulbezirke zerschlägt sie die sichere Planungsgrundlage für die Städte und Gemeinden für eine wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen.

### Die Arbeitslosigkeit in NRW liegt nach wie vor bei einer Million

Tendenz nicht positiver sondern eher negativer als in anderen Flächenländern. Von Arbeitsmarktkonzepten der Landesregierung keine Spur. Stattdes-

sen das erkennbare strukturpolitische Konzept, das Ruhrgebiet zu benachteiligen und damit das Herz Nordrhein-Westfalens zu schwächen.

Und andere Wahlversprechen? Von wegen sozial. Von wegen sicher.

Von wegen Rüttgers mit einem Herz für Kinder: Die Förderung für Kindertagesstätten wird verschlechtert.

Von wegen Schwarz ist gut für die Sicherheit: Der Polizei und den Richtern geht es an die Stellen.

Von wegen Politik für die Jugend: Die Jugendförderung wird gegenüber den bisherigen Zusagen gekürzt.

Von wegen Rüttgers ehrlich und bescheiden: Für eine Rüttgers-Residenz am Sitz der Europäischen Union in Brüssel und einen kostspieligen Umbau der Führungsetagen in der Staatskanzlei reicht die finanzielle Phantasie, auch für neu zu besetzende Führungsstellen in der Staatskanzlei, aber wichtige soziale Projekte im Lande werden nach der Methode „minus 20%“ rasiert.

### Minus 20 Prozent

Die Träger vieler Projekte weisen mit Bitterkeit darauf hin, dass die Regierung Rüttgers auf diese Weise ihre eigenen Arbeitslosen schafft und viele sozialen Probleme kaltschnäuzig auf die Eltern und Kinder, auf die Sozialverbände und die Kommunen abwälzt.

Und Jürgen Rüttgers selbst? Vor dem CDU-Parteitag Mittelrhein Anfang März in Bornheim kam das „Geständnis“: „Ich habe überhaupt kein schlechtes Gewissen.“

Ergänzend berichtet der Kölner Stadt-Anzeiger am 6. März 2006: „Der Regierungschef räumt in Bornheim ein: Natürlich habe man in der Opposition manches verkündet, das heute nicht mehr einzuhalten sei; so sei nun mal das politische Geschäft.“

Kein Wunder, dass die Haltung der Landesregierung empört. Die Demonstra-



tionen der Polizisten, die Proteste der Richter, der Sozialverbände und die Volksinitiative der Jugendverbände zeigen den wachsenden Gegendruck.

### Thema Sicherheit und Geisterfahrer

Mit ironischen Anmerkungen zu den besonderen Begabungen und Talenten in Jürgen Rüttgers' Kabinett nahm Jochen Dieckmann in seiner Rede im Kölner Gürzenich die Landesregierung aufs Korn: „Da schwadroniert Innenminister Wolf ziemlich verquer, bei Staus müsse man künftig auf Autobahnen wenden dürfen. Noch am selben Tag vollziehen die ersten Autofahrer erste Wendemanöver auf der A31 nahe Borken. Tja, so schnell wird man als Minister zum politischen Geisterfahrer. Herr Wolff ist ein echtes Sicherheitsrisiko.“

### Thema Sommer und Schule

Die Schulministerin gilt in Düsseldorf längst als Fehlbesetzung. Jetzt hat sie sich vor lauter Hilflosigkeit sogar ein eigenes Internetportal einrichten lassen und die Bürger gebeten, dort Vorschläge zur Schulpolitik zu hinterlegen. Offenkundig mangelt es an eigener Kreativität und am nötigen Sachverstand. Mit ihrem unsäglichen Entwurf für ein Schulgesetz hat sie eines geschafft: Eltern, Lehrer und Schüler gegen sich aufzubringen. Diese Sommer-Zeit muß schnell ein Ende haben.“

Der Ministerpräsident hat offenkundig Schwierigkeiten mit seinem Image und der Selbstvermarktung. Aufgrund interner Auseinandersetzungen in der CDU wurden Strategieüberlegungen aus der Staatskanzlei bekannt, wie man Jürgen Rüttgers auf Staatskosten ins bessere öffentliche Licht rücken könne.

Seine jüngste USA-Reise war ein schneller Beleg für die Stichhaltigkeit der in den Medien aber auch von der Opposition im Landtag geübten Kritik.

In den USA hat Jürgen Rüttgers in neuer Rolle pflichtgemäß die Vorzüge des Landes NRW in den höchsten Tönen gepriesen. Es gebe keinen besseren Standort als NRW, hat er vor Investoren erklärt. Unser Land biete ein breit gefächertes Spektrum an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur.“

Jochen Dieckmann bringt es in seiner Kölner Rede auf den Punkt. „Tja, liebe Leute. Das hat sich vor einem Jahr noch ganz anders angehört. Da hat derselbe Mann unser Land schlecht gemacht, wo er nur konnte.“

Der SPD-Landesvorsitzende mahnt zu Aufmerksamkeit: „Wir müssen aufpassen. Denn die Vorzüge des Landes NRW, die Rüttgers ja zurecht beschreibt, sind nicht das Ergebnis seiner Politik. Nein, sie sind das Resultat einer Politik, die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verantwortet worden ist.“

Der CDU geht es nicht um sozialen Ausgleich und gleiche Chancen in der Bildung. Ihr geht es nicht um Chancen für gesellschaftlichen Aufstieg und Integration. Getrieben von der FDP ist die Union in Nordrhein-Westfalen zu einer Partei geworden, die das Soziale im Munde führt, aber in der täglichen Arbeit gnadenlos vernachlässigt.“

**Konsequenz für die SPD: Hart dafür arbeiten, dass die Regierung Rüttgers/Wolf eine Episode von einer Legislaturperiode bleibt. ■**

# Mit Leben füllen: Die Mitmach-Partei

## Neue Mitglieder sollen sich aktiv in die Parteiarbeit einbringen

Auch wenn das Wahljahr 2005 für die SPD in Nordrhein-Westfalen so manche Enttäuschung gebracht hat, der Blick zurück zeigt, dass es auch positive Überraschungen gab. Sowohl bei der Bundes- wie auch bei der Landtagswahl lag die SPD bei Jung- und ErstwählerInnen deutlich vor der CDU. Die stärkste Wählergruppe bei der Bundestagswahl für die SPD waren die Wählerinnen und Wähler bis 25 Jahre. Jeder fünfte SPD-Wähler war im Juso-Alter (siehe Kasten). Mit dieser Mobilisierung ging auch ein enormer Mitgliederzuwachs bei den NRWJusos einher. Seit Beginn des Landtagswahlkampfes im Januar 2005 sind über 3.500 junge Menschen im Juso-Alter der SPD in Nordrhein-Westfalen beigetreten.

**Wahlkampfzeiten sind Zeiten hoher Politisierung. Menschen entdecken ihr Interesse für die Politik.**

Der große Zuwachs an Neumitgliedern ist gleichzeitig eine Herausforderung für Jusos und SPD: Die junge Generation stellt andere Anforderungen an die Mitarbeit in Parteien und Organisationen.

Das Interesse an politischer Arbeit und an inhaltlicher Auseinandersetzung ist hoch, eingeübte Politik-Rituale werden als hinderlich empfunden und abgelehnt.

Die SPD muss bei den Bedürfnissen der Neumitglieder ansetzen und praxisnahe, projektbezogene Angebote zur Mitarbeit machen. Das Interesse an politischen Themen ist geblieben auch wenn langfristige Bindungen an politische Organisationen kontinuierlich zurück gehen.

Die NRW Jusos und die NRWSPD sollten die Neumitglieder als Chance begreifen. Stellen wir uns also ein auf Menschen, die punktuell, themenbezogen und mit festem Zeitplan Politik machen möchten!



*Nachdem die NRW Jusos die „Jonge Socialisten“ aus Enschede im Dezember letzten Jahres nach Münster zu einem ersten Kennenlernen und politischen Austausch eingeladen hatten, erfolgte am 4. März der Gegenbesuch. In Enschede sind die „Jonge Socialisten“ derzeit im Kommunalwahlkampf. Tatkräftige Unterstützung gab es dabei aus NRW. Auch wenn es bei den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern manchmal hakte, war die Unterstützung aus Deutschland für alle ein Highlight. Prominenter Gast an diesem Tag war Wouter Bos, Fraktionsvorsitzender der holländischen Sozialdemokraten (ganz rechts). Weitere Treffen sind geplant.*

**49,6 %** der Wählerinnen und Wähler in NRW zwischen 18 und 25 Jahren haben mit der Erststimme SPD gewählt, **44,1 %** der Zweitstimmen dieser Altersgruppe gingen ebenfalls an die SPD. In absoluten Stimmen ausgedrückt – bezogen auf alle Wählerinnen und Wähler im Juso-Alter – bedeutet dies: **833.000** Wählerinnen und Wähler in NRW von 18 bis 35 Jahren haben SPD gewählt; aber nur **534.000** die CDU. Jeder **5.** SPD-Wähler war im Juso-Alter.



*So erfrischend und fröhlich kann Parteiarbeit sein: Jochen Dieckmann und Alexander Bercht mit jungen Genossinnen und Genossen.*

**Die Mitmach-Partei muss mit Leben gefüllt werden.**

Das heißt Abschied nehmen von der Vorstellung, dass Politik in Vorständen erdacht und an der Basis nachvollzogen wird. Im Wettbewerb um jede Stimme brauchen die Ideen unserer Mitglieder mehr Raum – und das von Anfang an.

Das Neumitgliedertreffen der NRW SPD ist hier ein guter Anfang. Hier dürfen die „Neuen“ Erwartungen und Ansprüche an ihre Partei loswerden. Hier sollen sich Mitglieder von Beginn an in die Diskussion um die Leitbilder der NRWSPD einmischen.

Während des Landesparteitages bieten auch die NRW Jusos eine Veranstaltung für „ihre“ Neumitglieder an. Alle Neumitglieder im Juso-Alter, die seit dem 1. Januar 2005 eingetreten sind, wurden zu einem vorbereiteten Seminar eingeladen. Überraschend groß war die Resonanz! Ein Beleg für die Neugier und das Interesse junger Leute. Die Neumitglieder werden Wissenswertes über den Ablauf des Parteitages erfahren, wir wollen ihnen etwas Licht in das Dunkel der Parteitagsrituale bringen.

Punktuelle Veranstaltungen bringen wenig, das sollte uns allen klar sein. Nur eingebettet in ein Gesamtkonzept versprechen sie mehr Beteiligung. Dazu gehört auch, dass Neumitglieder ein Mitmachangebot vor Ort bekommen. Das Angebot, sich an der Leitbilddebatte oder dem neuen Grundsatzprogramm zu beteiligen, weckt Interesse für unsere Arbeit. ■

### Peer Steinbrück:

- „Egal, wo ich war: Die Jusos waren immer da, von der ersten bis zur letzten Minute. Es hat riesig Spaß gemacht mit Euch!“
- „Die SPD wurde die Nummer 1 bei den Jung- und Erstwählern. Darauf könnt vor allem Ihr stolz sein! Ihr habt nicht zuletzt durch diesen Erfolg gezeigt, wie wichtig Ihr für die SPD seid und wie berechtigt die Forderung ist, den Jusos mehr politisches Gewicht in der NRWSPD zu geben.“



radio.nrwspd.de

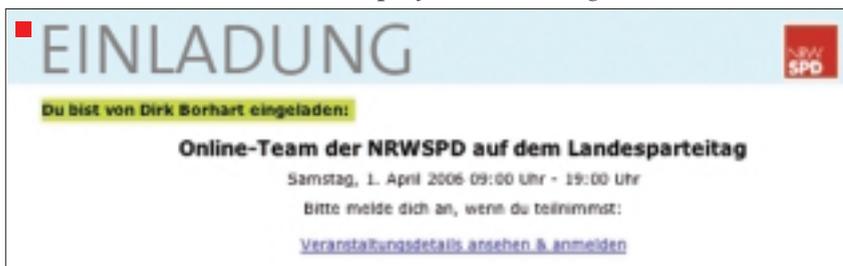
Auch im Podcast ([www.radio.nrwspd.de](http://www.radio.nrwspd.de)) tut sich einiges. Aktuell gibt es dort die Aschermittwochsreden von Jochen Dieckmann und Peer Steinbrück und eine Reihe von Interviews mit dem Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann. Die Reden des Landesparteitages wird es diesmal als Audio-Datei zum Nachhören geben. ■

[www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de) | AKTUELLES AUS DEM INTERNET | [www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de)

### Mitmach-Center

Weil nicht nur immer mehr Personen über das Internet Mitglied werden, sondern auch das Internet als Arbeits- und Organisationsplattform für die Parteiarbeit entdecken, baut die NRWSPD ihr Mitmach-Center weiter aus. Dort (<http://www.nrwspd.de/mitmach-center>) kann man jetzt nicht nur Gleichgesinnte zu eigenen Veranstaltungen einladen, sondern auch eigene Teams aufbauen und verwalten: Für den Vorstand vor Ort, für Arbeitskreise oder -gruppen, Projektteams, Kommissionen oder einfach auch die regelmäßige Stammtischrunde. Ganz einfach lassen sich Mitstreiter gewinnen, Treffen organisieren, Einladungen verschicken und Rückmeldungen verfolgen. **Kontakt: [dirk.borhart.nrw@spd.de](mailto:dirk.borhart.nrw@spd.de)** ■

*Ein Beispiel für eine Einladung aus dem Mitmach-Center*



### Neumitglieder

Der positive Trend hält auch in NRW an. Seit der Landtags- und Bundestagswahl verzeichnet die NRWSPD so viele Neueintritte wie schon lange nicht mehr. Davon treten über 50% der Neumitglieder mittlerweile über das Internet ein. ■

### blog.nrwspd.de

Im Blog der NRWSPD wird es wieder aktuelle Berichte rund um den Landesparteitag geben. Zum ersten Mal hat die NRWSPD diesmal Blogger zum Parteitag eingeladen, die zusätzlich zum Online-Team der NRWSPD und den Websozis live berichten werden. Wer also nicht auf dem Parteitag dabei sein kann, der kann das Geschehen unter [www.blog.nrwspd.de](http://www.blog.nrwspd.de) nachlesen. ■



### Online-Kondolenzbuch für Johannes Rau

Rund 4.000 Menschen haben sich in das Online-Kondolenzbuch der NRWSPD für Johannes Rau eingetragen. Viele bewegende Texte sind dort nachzulesen (<http://www.nrwspd.de/kondolenzbuch/eintraege.asp>). Die Trauerbekundungen werden zu einem Buch gebunden und der Familie übergeben. ■